

Für die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger

Die Region 10 um Ingolstadt ist eine prosperierende Region im Herzen Bayerns. In den vergangenen fünf Jahren ist die Bevölkerung in der Stadt Ingolstadt sowie in den drei zur Region gehörenden Landkreisen Eichstätt, Neuburg-Schrobenhausen und Pfaffenhofen an der Ilm im Durchschnitt um ca. 5.100 Personen pro Jahr gewachsen. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse stieg im gleichen Zeitraum um ca. 6.800 pro Jahr. Alle Anzeichen deuten darauf hin, dass sich diese Entwicklung weiter fortsetzen wird.

Mit der Bevölkerung wachsen automatisch die Aufgaben und Einsatzbelastungen für die Polizei. Die Anzahl der Polizeibeamtinnen und -beamten in der Region ist diesem Bevölkerungswachstum aber bisher nicht gefolgt. Uns ist bewusst, dass die Zahl der Einwohner als alleiniges Personalbemessungskriterium nicht geeignet ist und örtliche Gegebenheiten und Strukturen immer mitberücksichtigt werden müssen. Dennoch stellen wir fest, dass das Polizeipräsidium Oberbayern Nord in personeller Hinsicht im Vergleich zu anderen Flächenpräsidien unterdurchschnittlich ausgestattet ist (Arbeits- und Einsatzbelastung sowie Anzahl der Polizeibeamten im Verhältnis zur Bevölkerungszahl). Zur wachsenden Bevölkerung kommt hinzu, dass der Wohlstand und die verkehrsgünstige Lage eine große Anziehungskraft auf überregional agierende Täter ausüben. Durch die große Anzahl untergebrachter Asylbewerber hat sich in den vergangenen zwei Jahren auch in diesem Bereich die Einsatzbelastung noch einmal signifikant erhöht. Erkennbar ist dies an den stark wachsenden Fallzahlen sowohl in der Polizeilichen Kriminalstatistik, als auch bei der Begleitung von Abschiebungen und bei den Einsätzen in Unterkünften.

Als Mandatsträger wollen wir für die Bürgerinnen und Bürger in unserer Region das größtmögliche Maß an Sicherheit erreichen und wir wollen, dass die Menschen sich in der Region auch sicher fühlen. Sicherheit ist Voraussetzung für Freiheit, Lebensqualität und Vertrauen in den Staat. Die Entwicklungen der letzten Jahre stellen uns dabei vor neue Herausforderungen. Gemeinsam haben wir in der Region zehn Bereiche identifiziert, in denen wir Handlungsbedarf für die Bayerische Staatsregierung, für das Polizeipräsidium Oberbayern Nord, für die II. Bereitschaftspolizeiabteilung Eichstätt und für die Bundespolizei sehen.

1. Erhöhung der Polizeipräsenz in der Region. Wir begrüßen ausdrücklich das Konzept „Sicherheit durch Stärke“ der Bayerischen Staatsregierung und den geplanten Aufwuchs der Polizeikräfte um 2.000 Beamtinnen und Beamte bis zum Jahr 2020. Damit besteht die Chance, auch das Polizeipräsidium Oberbayern Nord personell substanziell zu verstärken. Aufgrund der Sicherheitslage und der weiter wachsenden Bevölkerungszahl ist eine höhere Polizeipräsenz dringend erforderlich. Dazu sind in den nächsten Jahren starke Personalzuwächse notwendig, die weit über den Ersatz von Abgängen durch

Pensionierungen hinausgehen. Wir fordern deshalb die Zuweisung von zusätzlich 350 Sollstellen, die neben der Personalzuteilung verfügt werden müssen. Wir wollen damit eine mit anderen Flächenpräsidien vergleichbare Anzahl von Polizeibeamten im Verhältnis zur Bevölkerungszahl erreichen.

2. Einhaltung der Zusagen im Zusammenhang mit der ARE I. Die Bayerische Staatsregierung wird aufgefordert, die bei der Gründung der Aufnahme- und Rückführungseinrichtung Manching/Ingolstadt (ARE I) gegebene Zusage, die Polizeiinspektion Ingolstadt um 20 Polizeikräfte (Personal inklusive Sollstellen) aufzustocken, endlich einzulösen. Dem Polizeipräsidium Oberbayern Nord wurden für diese Aufgabe bislang lediglich zehn Beamte (ohne Sollstellen) zusätzlich zur Verfügung gestellt.
3. Anpassung der Organisationsstruktur der Kriminalpolizeiinspektion Ingolstadt. Vergleichbare Kriminalpolizeiinspektionen in Regensburg und Würzburg wurden im Zuge der Polizeireform in den Jahren 2008 und 2009 bereits als sogenannte „Große Kriminalpolizeiinspektion“ personell ausgestattet und mit der entsprechenden Anzahl an Fachkommissariaten versehen. Bereits zum damaligen Zeitpunkt befand sich die Kriminalpolizeiinspektion Ingolstadt unter Berücksichtigung der zu betreuenden Bevölkerung und der Anzahl der zu bearbeitenden Delikte auf einem vergleichbaren Niveau. Angesichts des prognostizierten Bevölkerungszuwachses in der Region und des damit verbundenen Anstiegs der Arbeitsbelastung ist neben einer personellen Aufstockung eine strukturelle Angleichung der Kriminalpolizeiinspektion Ingolstadt an die Kriminalpolizeiinspektionen in Regensburg und Würzburg zwingend erforderlich.
4. Keine Inbetriebnahme der Abschiebehafenanstalt in Eichstätt ohne zusätzliches Personal. Die Justizvollzugsanstalt in Eichstätt wird im Laufe des Jahres 2017 in eine zentrale Abschiebehafenanstalt umgewandelt. Für die Polizeiinspektion Eichstätt entsteht daraus ein zusätzlicher Personalbedarf von mindestens zehn Beamten. Abgelehnte und insbesondere straffällig gewordene Asylbewerber müssen konsequent rückgeführt werden. Die Erfüllung dieser wichtigen Aufgabe darf aber nicht zu Lasten der Polizeipräsenz in der Region gehen. Wir lehnen daher die Inbetriebnahme der Hafenanstalt ab, solange diese Kräfte inklusive der entsprechenden Sollstellen nicht der Polizeiinspektion Eichstätt zugewiesen worden sind.
5. Dauerhafte Präsenz der Bundespolizei zur Betreuung von Abschiebehäftlingen. Ein Teil der Abschiebehäftlinge in Eichstätt wird in der Verantwortung der Bundespolizei liegen. Wir fordern die Bundespolizei auf, zur Erfüllung der damit verbundenen Aufgaben eine ausreichend dauerhafte Präsenz ohne Rückgriff auf die Polizeiinspektion Eichstätt im Rahmen der Amtshilfe in der Region aufzubauen. Um rund um die Uhr mit zwei Kräften einsatzbereit zu sein, wären dafür etwa zwölf Beamtinnen und Beamte notwendig.

6. Regionale Unterstützung durch die Bereitschaftspolizei Eichstätt. Wir begrüßen die für 2017 geplante Einrichtung einer Einsatzhundertschaft mit zunächst zwei Einsatzzügen. Damit verbunden ist auch die Erwartung, dass diese Kräfte nicht nur bei landes- oder bundesweiten Lagen zum Einsatz kommen, sondern vorrangig zur Unterstützung der regionalen Polizeidienststellen eingeplant werden. Wir fordern, diese Hundertschaft zeitnah auf ihre volle Stärke von drei Zügen zu ergänzen.

7. Kein Abbau von privaten Sicherheitsdiensten in Asylbewerberunterkünften. Alleine im Jahr 2016 wurde die Polizei in der Region zu über 1.200 Einsätzen in Asylbewerberunterkünften in der Stadt und den drei Landkreisen gerufen (2014: 303; 2015: 911). Vor diesem Hintergrund wird die Bayerische Staatsregierung aufgefordert, den Einsatz von privaten Sicherheitsdiensten in größeren Unterkünften nicht zu reduzieren. Ferner müssen die Erfahrungen der Polizei hinsichtlich konfliktmindernder Maßnahmen, wie zum Beispiel eine stärker dezentrale Unterbringung oder die Berücksichtigung ethnischer und religiöser Belange, bei der Belegungsplanung berücksichtigt werden.

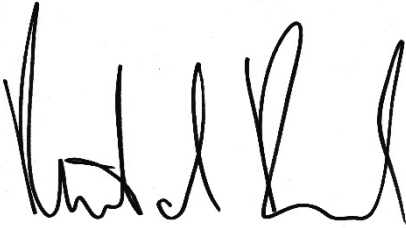
8. Gezielter Einsatz von Videoüberwachung. Videoüberwachung an neuralgischen Punkten oder bei besonders gefährdeten Veranstaltungen kann Straftaten verhindern, zur Aufklärung beitragen und das Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung erhöhen. Das Polizeipräsidium Oberbayern Nord wird aufgefordert, aktiv zu prüfen, an welchen Stellen und bei welchen Anlässen in der Region eine dauerhafte oder temporäre Videoüberwachung aus polizeilicher Sicht zur Erhöhung der Sicherheit beitragen kann.

9. Ausbau der Sicherheitswacht. Die Erfahrungen der Stadt Ingolstadt und der angrenzenden Gemeinden mit der Sicherheitswacht sind durchaus positiv. Wir begrüßen die Initiative der Bayerischen Staatsregierung, dieses Instrument weiter auszubauen. Wir bitten die Kommunen in der Region die Einführung der Sicherheitswacht zu prüfen und fordern das Polizeipräsidium Oberbayern Nord auf, aktiv dafür zu werben.

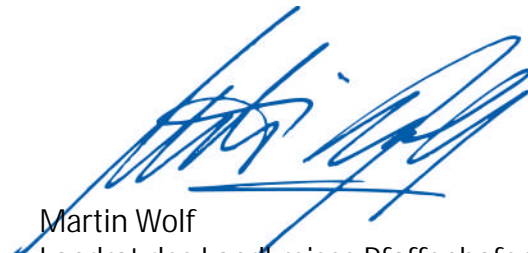
10. Erhöhung der Reaktionsgeschwindigkeit der Polizei im ländlichen Raum. Das Polizeipräsidium Oberbayern Nord verfügt über eine Vielzahl an kleineren und mittleren Dienststellen im ländlichen Raum. Diese Präsenz vor Ort ist wichtig, denn die Bevölkerung erwartet, dass gerade bei einem Verdacht auf Wohnungseinbruchs- oder Gewaltkriminalität die Polizei möglichst schnell vor Ort ist. Da auch die kleinen Dienststellen bisher immer rund um die Uhr besetzt sein müssen, kann es aber passieren, dass selbst bei einem Einsatz in unmittelbarer Nähe eine Streife aus weiter Entfernung anfahren muss, da die Polizisten vor Ort ihre Dienststelle nicht schließen dürfen. Wir fordern das Polizeipräsidium Oberbayern Nord auf zu prüfen, ob in einer solchen Situation die Möglichkeit zum zeitweisen Verlassen der Dienststelle nicht die sinnvollere Lösung

wäre. Technische Vorkehrungen wie eine Notrufsprechstelle sowie eine telefonische Rufumleitung müssen dabei sicherstellen, dass zu jeder Zeit ein hilfesuchender Bürger an der Dienststelle einen Ansprechpartner erreicht. Zudem muss sichergestellt sein, dass es zu keinem Abbau kleinerer Dienststellen in der Region kommt. Die Präsenz in der Fläche muss mindestens auf dem jetzigen Stand gehalten werden.

Manching, den 03. Februar 2017



Dr. Reinhard Brandl MdB
Vorsitzender der Regionalkonferenz



Martin Wolf
Landrat des Landkreises Pfaffenhofen an der Ilm

sowie die weiteren Mitglieder der Regionalkonferenz

- Alfred Lengler, CSU-Kreisvorsitzender
- Tanja Schorer-Dremel MdL, CSU-Kreisvorsitzende
- Karl Straub MdL, CSU-Kreisvorsitzender
- Johann Süßbauer, CSU-Kreisvorsitzender
- Eugen Freiherr von Redwitz
- Erich Irlstorfer MdB
- Christine Haderthauer MdL
- Barbara Breher, Bezirksrätin
- Reinhard Eichiner, Bezirksrat
- Patricia Klein, Bezirksrätin
- Robert Knöferl, Bezirksrat
- Anton Knapp, Landrat
- Dr. Bernhard Gmehling, Oberbürgermeister
- Dr. Christian Lösel, Oberbürgermeister